

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

**Junge Kommunalpolitiker im Enzkreis
und im Landkreis Karlsruhe**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Städten und Gemeinden des Enzkreises und des Landkreises Karlsruhe wurden in den letzten zehn Jahren Jugendgemeinderäte eingerichtet oder andere Formen der Jugendbeteiligung durchgeführt (aufgeschlüsselt nach Art der Beteiligung)?
2. In welchen Städten und Gemeinden im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe wurden Jugendvertretungen durch die Unterschriftensammlungen nach § 41 a Absatz 2 Gemeindeordnung (GemO) initiiert?
3. Inwieweit verfügen die Jugendgemeinderäte im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe über einen eigenen Etat?
4. Wie hoch ist der Altersdurchschnitt in den einzelnen Kommunalparlamenten des Enzkreises und des Landkreises Karlsruhe bzw. in ganz Baden-Württemberg?
5. Wie verhielt sich die Altersverteilung in den einzelnen Kommunalparlamenten im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe bzw. in ganz Baden-Württemberg im Jahr 2014 (aufgeteilt in: 18 bis 25, 26 bis 35, 36 bis 50, 50 bis 65, über 65)?
6. Beabsichtigt die Landesregierung eine repräsentative Wahlstatistik, auch unter Differenzierung verschiedener Altersgruppen, insbesondere der unter Achtzehnjährigen, bei den Kommunalwahlen 2019 durchzuführen?
7. Was unternimmt die Landesregierung, um bei den Kommunalwahlen 2019 die Wahlbeteiligung bei jungen Wählern zu steigern?
8. Was unternimmt die Landesregierung, um bei den Kommunalwahlen 2019 mehr junge Menschen dazu zu bewegen, sich für ein kommunales Mandat aufstellen zu lassen?

13. 04. 2018

Dr. Schweickert FDP/DVP

Eingegangen: 13. 04. 2018 / Ausgegeben: 28. 05. 2018

1

Begründung

Mit der Kleinen Anfrage soll die Beteiligung und die Repräsentation junger Menschen in den kommunalen Parlamenten des Enzkreises und des Landkreises Karlsruhe beleuchtet werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 9. Mai 2018 Nr. 2-2206.0/54 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen Städten und Gemeinden des Enzkreises und des Landkreises Karlsruhe wurden in den letzten zehn Jahren Jugendgemeinderäte eingerichtet oder andere Formen der Jugendbeteiligung durchgeführt (aufgeschlüsselt nach Art der Beteiligung)?

Zu 1.:

Nach einer von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg durchgeführten Erhebung gibt es in folgenden Städten und Gemeinden Jugendgemeinderäte:

	<u>Stadt/Gemeinde</u>	<u>Gründungsjahr</u>
Enzkreis:	Birkenfeld	2012
	Straubenhardt	2014
Landkreis Karlsruhe:	Bretten	2011
	Ettlingen	1997
	Rheinstetten	1995
	Waldbronn	1995

In Bruchsal steht die Gründung eines Jugendgemeinderats unmittelbar bevor; auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

In anderen Städten und Gemeinden wird die Partizipation von Jugendlichen in unterschiedlichen Formen praktiziert, wie z. B. durch Zukunftswerkstätten, Jugendhearings, Umfragen, Jugend- und Schülerforen oder zeitlich begrenzte oder anlassbezogene Projekte. Diesbezügliche Daten liegen nicht vor. Die Landeszentrale für politische Bildung führt derzeit eine Befragung aller Gemeinden in Baden-Württemberg zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung durch. Die Ergebnisse dieser Studie sollen im Herbst 2018 veröffentlicht werden.

2. In welchen Städten und Gemeinden im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe wurden Jugendvertretungen durch die Unterschriftensammlungen nach § 41 a Absatz 2 Gemeindeordnung (GemO) initiiert?

Zu 2.:

Das in § 41 a Absatz 2 GemO gesetzlich verankerte Recht von Jugendlichen, eine Jugendvertretung zu beantragen, wurde durch das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Oktober 2015 (GBl. S. 870) geschaffen, welches am 1. Dezember 2015 in Kraft getreten ist.

Im Nachgang zu einem offenen Jugendforum in Bruchsal haben Jugendliche im Oktober 2017 die Einrichtung eines Jugendgemeinderats beantragt. Der Gemeinderat hat der Wahl eines Jugendgemeinderats im November 2017 zugestimmt. Die Wahl wird vom 7. bis 9. Mai 2018 stattfinden. Unmittelbar nach Verkündung des Wahlergebnisses in der Gemeinderatssitzung am 15. Mai 2018 soll der Jugendgemeinderat seine Arbeit aufnehmen.

3. Inwieweit verfügen die Jugendgemeinderäte im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe über einen eigenen Etat?

Zu 3.:

Alle in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Jugendgemeinderäte verfügen über einen eigenen Etat.

4. Wie hoch ist der Altersdurchschnitt in den einzelnen Kommunalparlamenten des Enzkreises und des Landkreises Karlsruhe bzw. in ganz Baden-Württemberg?

5. Wie verhielt sich die Altersverteilung in den einzelnen Kommunalparlamenten im Enzkreis und im Landkreis Karlsruhe bzw. in ganz Baden-Württemberg im Jahr 2014 (aufgeteilt in: 18 bis 25, 26 bis 35, 36 bis 50, 50 bis 65, über 65)?

Zu 4. und 5.:

Die Kommunalwahlen werden nach § 39 a des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg statistisch ausgewertet. Hinsichtlich der persönlichen Daten der gewählten Rätinnen und Räte werden Geschlecht und Staatsangehörigkeit (deutsch oder Unionsbürger), nicht jedoch das Alter erfasst. Statistische Angaben zum Altersdurchschnitt und zur Altersverteilung der Mitglieder der kommunalen Gremien liegen deshalb nicht vor.

6. Beabsichtigt die Landesregierung eine repräsentative Wahlstatistik, auch unter Differenzierung verschiedener Altersgruppen, insbesondere der unter Achtzehnjährigen, bei den Kommunalwahlen 2019 durchzuführen?

Zu 6.:

Nach § 39 b KomWG können Gemeinden mit einer Statistikstelle im Sinne von § 9 Absatz 1 des Landesstatistikgesetzes eine repräsentative Wahlstatistik zu Gemeindewahlen über die Wahlberechtigten, Wahlscheinvermerke und die Beteiligung an der Wahl nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Geburtsjahresgruppen erstellen. Ob eine solche Statistik erstellt wird, entscheiden die betreffenden Städte in eigener Zuständigkeit.

Für eine landesweite repräsentative Wahlstatistik zu Kommunalwahlen, wie sie bei Bundestags- und Europawahlen auf Grundlage des Wahlstatistikgesetzes und bei Landtagswahlen aufgrund von § 60 des Landtagswahlgesetzes durchgeführt wird, gibt es keine Rechtsgrundlage. Die Anordnung von entsprechenden statistischen Auswertungen durch das Innenministerium aufgrund von § 39 a Absatz 2 KomWG ist nicht möglich (vgl. hierzu Drucksache 15/5353).

Eine repräsentative Wahlstatistik auf Landesebene nach dem Vorbild der repräsentativen Wahlstatistiken bei Parlamentswahlen wäre bei den Kommunalwahlen aufgrund der Besonderheiten des baden-württembergischen Kommunalwahlsystems auch kaum realisierbar. Zudem handelt es sich bei den Kommunalwahlen nicht um eine einheitliche Wahl, sondern um eine Vielzahl von jeweils eigenständigen Wahlen mit jeweils unterschiedlichen Wahlvorschlägen und teilweise unterschiedlichen Wahlsystemen, sodass eine landesweite Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben wäre.

7. Was unternimmt die Landesregierung, um bei den Kommunalwahlen 2019 die Wahlbeteiligung bei jungen Wählern zu steigern?

8. Was unternimmt die Landesregierung, um bei den Kommunalwahlen 2019 mehr junge Menschen dazu zu bewegen, sich für ein kommunales Mandat aufstellen zu lassen?

Zu 7. und 8.:

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wird wie im Jahr 2014 eine Erstwählerkampagne zu den Kommunalwahlen 2019 durchführen. Ne-

ben Informationen über das Wahlrecht und die Grundlagen der Kommunalpolitik soll die Kampagne möglichst viele Erst- und Jungwählerinnen und -wähler motivieren, ihr Wahlrecht auch auszuüben. Vorrangig angesprochen werden sollen die über 400.000 Erstwählerinnen und Erstwähler im Alter von 16 bis 20 Jahren in Baden-Württemberg.

Um eine möglichst hohe Akzeptanz bei den Jugendlichen zu erreichen, soll, wie schon 2014, ein breites Bündnis unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings, in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen gebildet werden. Auch auf kommunaler Ebene sollen breit angelegte Bündnisse unterstützt werden.

Die Kampagne soll neben speziell auf Jugendliche ausgerichteten Informationen (Publikationen, Online) vor allem spielerische Lernangebote (Planspiele, Speed-Dating, Testwahl) umfassen.

Neben diesen auf die einzelnen Jugendlichen ausgerichteten Angebote sollen Projekt- und Aktionstage mit dem Einsatz handlungsorientierter Methoden, wie zum Beispiel Planspielen, durchgeführt werden. Die Landeszentrale für politische Bildung wird dazu Paketangebote für außerschulische Bildungsträger mit Aktionshandbüchern und Arbeitsmaterialien für die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln und bereitstellen.

Für Schulen wird die Landeszentrale für politische Bildung Unterrichtsmaterialien (Unterrichtseinheiten, Planspiele, methodische Handreichungen, Informationsmaterialien) anbieten. Um möglichst viele lokale und regionale Aktionen im Rahmen der Kampagne zu initiieren, wird die Landeszentrale in begrenztem Umfang auch Fördermittel für kleinere Projekte bereitstellen.

Unabhängig von den Kommunalwahlen 2019 gehört die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung zu den ständigen Schwerpunkten der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Neben der Unterstützung der Arbeit der Jugendgemeinderäte und ihres Dachverbands in Baden-Württemberg führt der Fachbereich „Jugend und Politik“ der Landeszentrale für politische Bildung in regelmäßigen Abständen Studien zur kommunalen Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg durch.

Mit der Workshop-Reihe „Beteiligungs-Dings“ und Beratungsangeboten unterstützt der Fachbereich „Jugend und Politik“ die Städte und Gemeinden dabei, individuelle Lösungen, passende Formate und eigene Wege in der Kinder- und Jugendbeteiligung zu finden.

Kommunalpolitik ist auch ein wesentliches Thema der „Politischen Tage“, die die Landeszentrale für politische Bildung in den vier Regierungsbezirken den Schulen in Baden-Württemberg als Ergänzung zum normalen Schulunterricht anbietet. Hier werden Schülerinnen und Schüler, z. B. durch kommunalpolitische Planspiele, die politische Entscheidungsprozesse für Kinder und Jugendliche spielerisch erlebbar machen, motiviert, sich politisch zu beteiligen, sich selbst um kommunale Ämter zu bewerben und zur Wahl zu gehen.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration